

Von den 1988 eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden wegen Staatsverbrechen in Bearbeitung genommen:

	1985	1986	1987	1988
gesamt	135 (5,9 %)	84 (3,5 %)	51 (2,3 %)	155 (4,2 %)
davon:				
Spionage	23	15	11	8
andere Landesverratsdelikte	90	55	37	138

Der Anstieg der Zahl der wegen Landesverratsdelikten eingeleiteten Ermittlungsverfahren resultiert aus der Zunahme von Aktivitäten von Antragstellern zur Erzwingung der ständigen Ausreise aus der DDR.

Von 112 zwischenzeitlich wegen des dringenden Verdachts eines Staatsverbrechens abgeschlossenen Ermittlungsverfahren konnte in drei Fällen dieser Straftatverdacht nicht bewiesen werden (= 1,9 %).

In den entsprechend den Ausgangsmaterialien wegen Straftaten der allgemeinen Kriminalität eingeleiteten Ermittlungsverfahren konnte in 23 Fällen (= 0,6 %) die Begehung von Staatsverbrechen nachgewiesen und die Ermittlungsverfahren entsprechen erweitert werden (1987: 32 EV = 1,4 %).

Von den 1988 insgesamt eingeleiteten 3 668 Ermittlungsverfahren wurden 249 eingestellt (= 6,5 %), wobei in 56 Ermittlungsverfahren sich der Verdacht der Straftat als nicht begründet erwies und in 184 Ermittlungsverfahren aus politischen bzw. politisch-operativen Gründen von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit abgesehen wurde.

Schwerpunkt bildeten hierbei Ermittlungsverfahren wegen Straftaten gemäß § 100 StGB (7 Einstellungen) und gemäß § 213 StGB (83 Einstellungen) sowie Ermittlungsverfahren wegen Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung (102 Einstellungen).